

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

1 (2.1.1947)

1947 83

BADISCHE Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 1

Mannheim, den 2. Januar 1947

Preis 10 Pfg.

Zum Jahreswechsel

entbieten wir heute unseren Mitgliedern und Freunden, allen Kämpfern für ein neues ungeteiltes demokratisches Deutschland unseren besten Gruß!

Das schaffende Volk hat im vergangenen Jahre unter Führung einer geeinten Arbeiterklasse in einem großen Teil Deutschlands die Grundlagen des Faschismus und der Reaktion und der imperialistischen Kriegspolitik beseitigt. Mit der demokratischen Bodenreform, mit der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher wurde den reaktionären Großgrundbesitzern und dem Monopolkapital die Macht genommen, und damit der Weg zu Friede, Freiheit und zur Schaffung einer realen demokratischen Ordnung gebahnt, wie er in ganz Deutschland begangen werden muß.

Bange Sorge erfüllt alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte angesichts der Erkenntnis, daß bei uns wiederum der alte verderbliche Weg wie nach 1918 beschritten wurde. Konzernherren und Junker, Nazis, Militaristen und Reaktionäre aller Schattierungen herrschen wieder in Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Die Diktatur der Volksfeinde und reaktionären Bürokraten bedroht die Existenz unseres Volkes. Auf dem Rücken der gespalteten Arbeiterklasse formiert sich die Reaktion! Mit der Waffe des Elends und der Not führt sie einen Kampf auf Leben und Tod gegen das schaffende Volk, gegen die Kräfte des Fortschritts und der Demokratie.

Volk und Vaterland sind in Gefahr! Rettung ist möglich, wenn in ganz Deutschland die Kräfte der Vergangenheit entmachtet und die Grundlagen einer demokratischen und friedlichen Entwicklung geschaffen werden.

Die volle wirtschaftliche, politische und kulturelle Einheit Deutschlands ist die Lebensfrage unseres Volkes. Dazu bedarf es einer geeinten sozialistischen Arbeiterbewegung und sei es vorläufig auch nur auf der Grundlage einer engen und immer fester werdenden Zusammenarbeit der Arbeiterparteien.

Die Spaltung der Arbeiterschaft führte zum Untergang der Demokratie und in die Katastrophe.

Die Einheit aller Schaffenden wird uns aus Not und Elend befreien!

Voll Zuversicht auf den Sieg der gerechten Sache setzen wir alles ein

Für die Rettung unseres Volkes vor Wintersnot und Hungertod!

Mit festem Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse kämpfen wir

Für die ungeteilte Einheit Deutschlands!

Für die Neugeburt und den Aufstieg unseres Volkes!

Für die demokratische Volksherrschaft!

**Kommunistische Partei Deutschlands
Landesbezirksleitung Baden.**

1947

Ein Jahr des sozialen Fortschritts?

Von Robert Klausmann, Landesbezirksdirektor der Arbeit, Karlsruhe

Die Überlebenden aus Hitlers „großer Zeit“ haben das unselige Erbe dieser „einmaligen“ Epoche übernommen und versuchen, sich aus den Trümmern und unsäglicher Not den Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen.

In gewissen Kreisen des Volkes besteht ein Widerwille, die Lehren aus der Katastrophe zu ziehen, sich umzustellen und den einzig gangbaren Weg der demokratischen Erneuerung zu beschreiten. Das ganze Volk muß die Ursache der Katastrophe ergründen, die nicht nur unsere Generation, sondern auch die kommende auf Jahrzehnte hinaus schwer belastet. Im Jahre 1947 wird mit voller Wucht der Kampf um die Abwälzung der Lasten des verbrecherischen Hitlerkrieges beginnen.

Diese Auseinandersetzung über die Lastenverteilung vollzieht sich auf der Grundlage von Kämpfen zwischen den Klassen. Hitler wollte diese mit Dekreten beseitigen. Er predigte die „Volksgemeinschaft“ und zwang in Wirklichkeit das Volk unter die Herrschaft der Junker, des Industrie- und Bankkapitals. Diese Herrschaft endgültig abzuschütteln, ist die große Aufgabe einer wirklichen Demokratie und der arbeitenden Massen.

Das arbeitende Volk schuf sich in den 20 Monaten nach dem Zusammenbruch seine politischen und wirtschaftlichen Organisationen in den beiden — leider noch getrennten — Arbeiterparteien und der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung.

Aber auch die Reaktion nutzte die Zeit. Sie hielt offen-oder getarnt ihre Kampfstellungen in der Bürokratie und Wirtschaft und baute diese weiter aus. Die jüngste Meldung über die Zusammenkunft der „Wirtschaftsführer“, der Nutznießer des Hitlerkrieges — besonders massiert in der britischen Zone — ist nur ein Beweis dafür. Die bekannte Stellung der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern von Hessen und Württemberg-Baden gegen die Demokratisierung der Wirtschaft, die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Verwaltung der Wirtschaft ist ein anderer Beweis. Damit tritt der Kampf um die künftige Gestalt der Wirtschaft, sowie des sozialen Inhalts der Demokratie in ein neues Stadium. Von der theoretischen Verankerung in den Verfassungen bis zur praktischen Verwirklichung ist oft noch ein weiter Weg. Im Kampfe zwischen Reaktion und Fortschritt muß alles getan werden, um diesen Weg abzukürzen und schnell zum Ziel zu gelangen.

Welchen Sinn haben die Begriffe: „Fortschrittlich und Reaktionär“? Beide beziehen sich in diesem Zusammenhang auf das von uns erstrebte Ziel einer wirklichen Demokratie und einer sozialen — noch nicht sozialistischen — Republik.

Unser Ziel ist, auf demokratischem Wege unter gleichberechtigter Mitbestimmung und der demokratischen Kontrolle des Volkes in

Staat und Wirtschaft eine wirkliche, nicht nur formale, Demokratie zu errichten.

Was uns von diesem Ziel entfernt, ist reaktionär. Was uns ihm nähert, ist fortschrittlich.

Das reaktionäre Ziel ist die Ausschaltung des Volkes und die Herrschaft oft anonymer, auch ausländischer Kapitalgruppen sowie ihre politische und wirtschaftliche Vormachtstellung — trotz der formalen Demokratie — zu behaupten. Die Ausschaltung der Massen des Volkes, die Verhinderung der demokratischen Kontrolle, ihrer gleichberechtigten Mitbeteiligung an der Führung des Staates, der Wirtschaft und Produktion, hängt von dem Stand der Klassenkräfte ab.

Die Ausschaltung ist hier und da vorübergehend möglich, auf die Dauer aber nicht.

Für alle absehbare Zukunft ist der Geist der Masse des Volkes entscheidend. Sie wird, trotz aller rückschrittlichen Bestrebungen, einen ausschlaggebenden Einfluß auf das Schicksal des Staates, seine Form und den sozialen Inhalt ausüben.

Gegen den Willen des Volkes kann der Staat und seine Wirtschaft nur mit Gewalt und selbst dann nur für eine begrenzte Zeit, geführt werden. Die entscheidende Frage für die zukünftige Entwicklung in sozialpolitischer Hinsicht ist die der gleichberechtigten Mitbestimmung im Betrieb, der Wirtschaft und Produktion.

... um die durch den ...
ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über ...
Kampf gegen den Militarismus, in der er die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek

Daneben harren, außer den brennenden Tagesfragen, wie Ernährung, Wohnung und Kleidung, noch andere soziale Probleme ihrer Lösung.

Die Neuordnung der Sozialversicherung, ihre Erhaltung, Ausbau und weitere Entwicklung zu einer allgemeinen Volksversicherung gegen die Nöte der Zeit, ist eine der wichtigsten Fragen. In Verbindung damit steht die verstärkte Abwehr gegen die fürchterliche Krankheit, die Tuberkulose.

Unsere besondere Sorge muß der Verabschiedung eines Versorgungsgesetzes für die Schwerbeschädigten, sowie die Opfer des Hitlerterrors gewidmet sein.

Aber nicht nur die Versorgung und die Durchführung von Heilverfahren ist notwendig. Wichtiger ist vor allem die Unterbringung in ihnen zusagender Arbeit. Nur diese gibt ihnen die Möglichkeit, den Start in ein neues friedliches Leben zu beginnen.

Aus der Fülle der sozialen Aufgaben haben wir nur einen Teil herausgegriffen. Von ihrer Lösung im Rahmen der Möglichkeiten eines Landes und seiner Wirtschaft, die unter Anwendung und Beibehaltung der alten Führungsmethoden, dem Stillstand mehr und mehr entgegenreibt, wird die Zukunft der Demokratie abhängen.

Ihr sozialer Inhalt wird in den Augen des arbeitenden Volkes das Entscheidende sein. Die Demokratie wird sich nur fortschrittlich weiter entwickeln, wenn die Arbeiterschaft, alle Anhänger der Arbeiterparteien und die gewerkschaftlich-organisierten Massen Vertrauen zur demokratischen Republik gewinnen. Nur so bilden sie das Fundament einer neuen Demokratie, die alle Elemente des Rückschritts bekämpft und mit allen Kräften des Fortschritts den Frieden, die Freiheit und den Neuaufbau garantiert.

Arbeiten die reaktionären Kräfte weiter gegen die neue Demokratie, ihren politischen und sozialen Inhalt, dann bleibt die Frage offen, ob diese Entwicklung sich in den Formen der Parlamentsdemokratie des Westens vollzieht.

Unsere neue Demokratie muß sich darum in fast allen politischen und sozialen Fragen wesentlich von der Weimarer Zeit unterscheiden, so daß die Massen des Volkes die zu schaffende deutsche Republik als die ihre betrachten. Ist das nicht der Fall, dann werden die Massen aufgrund ihrer Erfahrungen mit dieser Republik zu den schärfsten Gegnern einer nur formalen Demokratie, die mit reaktionärem Inhalt ausgefüllt ist.

Dann werden sie aber auch leichter den Weg zu einer realen Demokratie finden und konsequent bis ans Ende diesen Weg beschreiten. Diese Demokratie wird nicht zulassen, daß mit dem Willen des Volkes zur sozialen, politischen und kulturellen Freiheit noch einmal Schindluder getrieben werden kann.

Wird dem arbeitenden Volke durch die Vorherrschaft einer kleinen aber mächtigen Oberschicht der Weg zur Freiheit versperrt, ihm der Klassenkampf aufgezwungen, so wird am Ziel dieser Entwicklung das Ende der Herrschaft des Kapitals stehen und die endgültige Befreiung der Menschen von Not und Ausbeutung sicher sein.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiterklasse und das werktätige Volk die Größe seiner Aufgaben erfaßt und aktiv in das Ringen eingreift. Sollte das wider Erwarten nicht der Fall sein, so werden die Volksmassen aufgrund der bitteren Erfahrungen im Kampf um die Abwälzung der Lasten des Hitlerkrieges ein ihnen teuer zu stehen kommendes Lehrgeld zahlen müssen.

Um die Austragung des Kampfes für die Erhaltung seiner nackten Existenz wird das schaffende Volk nicht herumkommen. Das Jahr 1947 wird in diesem Ringen ein entscheidendes Jahr sein, das wegweisend in die Zukunft führt.

Eine möglichst geeinigte Arbeiterklasse und mächtige Massenorganisationen, wie die Gewerkschaften, können die neue demokratische Ordnung gegen die Verstöße der Reaktion verteidigen und sichern. Sie werden das Volk zu Frieden, Freiheit und Fortschritt führen und die Reaktion niederringend, den Weg zur wirklichen Demokratie vollenden.

Damit erst machen wir die Bahn frei zu einer besseren, glücklicheren Zukunft — zum Sozialismus!

Voller Streik-Erfolg bei Bode-Panzer

Der Kampfwille der Belegschaft und die Solidarität der Gewerkschaften und aller Schaffenden triumphierten über die Willkür reaktionärer Monopolkapitalisten. Ohne Mitbestimmung in den Betrieben gibt es keine demokratischen Grundrechte!

Nach mehrwöchigem Streik hat die Belegschaft der Firma Bode-Panzer in Hannover einen vollen Erfolg errungen. Dieser erste wirkliche Streik in der britischen Zone ist beispielgebend für den Kampf im Betrieb um die demokratischen Grundrechte der Schaffenden. So haben die Machenschaften der Düsseldorfer Industriellentagung auf Entrechtung der Arbeitenden in den Betrieben einen empfindlichen Schlag bekommen. — Der gewonnene Streik ist über den Erfolg der Arbeiter und Angestellten von Bode-Panzer Hannover hinaus ein Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation und der Solidarität aller Schaffenden. Der Streik bei Bode-Panzer widerlegt die von den Unternehmern verbreitete Behauptung, der Kontrollrat arbeite eine für ganz Deutschland gültige Betriebsvereinbarung aus.

Die erkämpfte Vereinbarung schafft einen Mindeststandard demokratischer Rechte, der von anderen Betrieben nicht unterschritten werden sollte. In der erkämpften Betriebsvereinbarung wurden die Forderungen der Belegschaft auf Mitwirkung bei der Produktionsgestaltung, Mitbestimmung bei Stilllegungen und Erweiterungen sowie bei der Aufnahme neuer Produktionszweige erfüllt.

Durch den erfolgreichen Streik der verantwortungsbewußten Bode-Belegschaft beeindruckt, unterschrieben in den letzten Tagen weitere Unternehmer in Hannover von den Arbeitervertretern ausgearbeitete Betriebsvereinbarungen. Die Firmen sind: Eisenwerk Wülfel, Lindener Eisen- und Stahlwerk, die Firmen Eilers und Sichel sowie die Städtischen Betriebe Hannovers.

Das erkämpfte Mitbestimmungsrecht legt beim Aufbau einer demokratischen Wirtschaft den neuen Herrschafts- und Kriegsplänen des Monopolkapitals einen Riegel vor, denn ohne Mitbestimmungsrecht gibt es keine Demokratie.

Die Männer des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933

Am 23. März 1933 gaben eine Reihe von Männern, welche heute der DVP und anderen Parteien angehören, unter ihnen Dr. Theodor Heuß, Dietrich, Dr. Reinhold Meier und andere im deutschen Reichstag eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen mit der Auffassung verbunden, wie sie heute von Herrn Reichskanzler (Hitler) hier vorgetragen wurde... Wir verstehen, daß die gegenwärtige Reichsregierung weitgehende Vollmachten verlangt, um ungestörter arbeiten zu können... Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung werden wir unsere ernsten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.“

Diese Männer stehen heute wieder an führender Stelle im öffentlichen Leben. Der neugewählte bayerische Entnazifizierungsminister Dr. Loritz hält alle, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, für mit-schuldig am Hitlerfaschismus und hat erklärt, daß er sie ausnahmslos, auch den bisherigen bayerischen Entnazifizierungsminister Pfeiffer von den Spruchkammern aburteilen lassen wird.

Im Württembergisch-Badischen Landtag haben eine Reihe von Abgeordneten den Antrag eingebracht, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen über die Stellungnahme von Mitgliedern des jetzigen Württembergisch-Badischen Landtages in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete zum Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933, das Hitler den Weg ebnete. Der kommunistische Abgeordnete Albert Buchmann nahm in der letzten Landtagssitzung zu dieser Frage wie folgt Stellung:

„Ein offenes und kritisches Wort zu den Männern und Parteien, die im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zustimmten, und dadurch bewußt, oder unbewußt der Gewaltpolitik des Nationalsozialismus den Weg mit freimachten. Ein Teil dieser Männer steht heute wieder an führender Stelle der Regierung, Parlament und Verwaltung, und damit im Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. Wie im Jahre 1933 stehen wir an einer Wende.“

Wenn diese Männer damals, als sie wieder politisch tätig wurden, der Öffentlichkeit freimütig erklärt hätten:

Alle wollen die „Badische Volksstimme“ lesen —
Gib sie weiter!

„Unsere Abstimmung im März 1933 war falsch,“ so wäre das weithin verstanden worden.

Wir bedauern, daß das nicht geschehen ist. Es wäre insbesondere für die junge Generation eine wesentliche Hilfe gewesen, um ihr die geistige Orientierung zu erleichtern. Unsere Haltung zur Regierung bedeutet daher zwar die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegen die beherrschenden Kräfte der Reaktion, zur Überwindung der Not;

sie kann aber keinesfalls eine Rechtfertigung der Haltung jener Abgeordneten und ihrer Parteien im März 1933 bedeuten.“

Aus aller Welt

ANKARA: Die sozialistische Bauern- und Arbeiterpartei, die türkische sozialistische Partei sowie der Gewerkschaftsbund wurden nach kaum halbjährigem legalen Bestehen aufgelöst und ihre Führer verhaftet. Als Grund wurde Berührung mit kommunistischen Ideen angegeben.

SANTIAGO: Das chilenische Außenministerium gab bekannt, daß der kommunistische Senator und Dichter Nefital Reyes zum chilenischen Botschafter in Rom ernannt worden sei.

ATHEN: Das Hauptquartier der griechischen Aufständischen in Mazedonien gibt bekannt, daß sie bis zum Abzug der britischen Streitkräfte aus Griechenland und der Wiederherstellung der Demokratie kämpfen werden und daß eine neue demokratische Volksarmee aufgestellt werden wird.

LONDON: Nach britischen Pressemeldungen berichtete der Außenminister Grobrianniens zweimal aus New York, daß der britische Nationalisierungsplan für die deutsche Industrie hinauszuögern sei. Diese Meldung wurde von einem Teil der britischen Presse dementiert. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß die britische Labour Party strikte Durchführung der Verstaatlichung fordert, während die Vereinigten Staaten die Nationalisierung ablehnen und statt dessen Aufteilung der Industriekonzerne in kleine Unternehmen fordern.

NEW YORK: Ein Memorandum des amerikanischen „Rates für den Kampf der Demokratie in Griechenland“, das an alle Delegationen der UN ging, stellt fest, daß 1262 Offiziere, welche während der Besetzung Griechenlands deutsche Sicherheitsbatterien befehligten, jetzt in der griechischen Armee gegen die demokratische Volksarmee Dienst tun. Dagegen wurden 139 ehemalige griechische Offiziere der Elías-Armee, welche gegen die Deutschen gekämpft hatten, aus dem griechischen Heer entlassen.

STALINGRAD: Die Bevölkerung von Stalingrad hat fast 72 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht. Von den 1,5 Mill. qm zerstörter Bodenfläche wurden bisher 600 000 qm wieder aufgebaut. Der Bau von weiteren 325 000 qm ist für 1947 vorgesehen.

ATHEN: Der südafrikanische Ministerpräsident Feldmarschall Smuts erklärte auf einem offiziellen Bankett in Athen, daß das britische Empire Griechenland niemals verlassen würde.

Für eine neue Ordnung?

Durch das einstimmige Vertrauensvotum des Landtags befindet sich seit dem 20. Dezember die erste, aus dem gewählten Landtage hervorgegangene Regierung im Amt. Die durch Ministerpräsident Reinhold Maier abgegebene Regierungserklärung, enthält die im folgenden aufgezählten Punkte, welche für die Kommunistische Partei den Ausschlag gaben, verantwortlich in der Regierung mitzuarbeiten:

Beteiligung der Gewerkschaften in allen entscheidenden Fragen der Wirtschaft.
Sicherung der Erzeugung, Erfassung und Verteilung des lebensnotwendigen Bedarfs.

Mitwirkung der Bevölkerung durch demokratische Volksausschüsse im Landesmaßstab und bis hinab zur kleinsten Gemeinde.

Die Anerkennung der Notwendigkeit einer großzügigen Sozialversicherung.

Vertreter des Parlaments in den Zweizonenorganen.

Durchführung der durch die Verfassung zu schaffenden Gesetze, auch gegenüber dem Länderrat.

Das Bekenntnis zur ungeteilten deutschen Republik.

Im Anschluß an die Regierungserklärung sprachen die Vertreter der Parteien. Für die Kommunistische Partei sprach der Landesleiter Württemberg-Baden Albert Buchmann, dessen Rede wir in ihren wichtigsten Teilen wiedergeben:

Drei Aufgaben stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: 1. Der Kampf zur Überwindung der Not, der Kampf gegen Hunger und Kälte; 2. Die gerechte Lastenverteilung bei der Neuordnung unseres wirtschaftlichen Lebens 3. Das Ringen um die zukünftige Gestaltung unseres staatlichen Lebens.

Diese Aufgaben sind unlösbar miteinander verbunden. Man kann zum Beispiel die Not nicht überwinden, wenn man nicht dazu übergeht, die Saboteure, die die Not organisieren, scharf anzupacken. Der Geist, mit dem man sich der vielen Tagesnöte der schaffenden Bevölkerung annimmt, wird bestimmend sein, ob wir wieder nur eine formale Demokratie erhalten, wie vor 1933, oder ob eine neu zu schaffende Demokratie die Voraussetzung für eine höhere gesellschaftliche Entwicklungsstufe bilden wird.

Deutschland-Rundschau

LEIPZIG: 1 Mill. RM für bedürftige Studenten stellt der Sächs. Landesausschuß zur Förderung des Arbeiterstudiums für die Studenten der Universität Leipzig und der T.H. Dresden zur Verfügung.

WIESBADEN: Von den 11 423 internierten Naziaktivisten des Lagers in Darmstadt waren nach dem Stand vom 30. 11. 1946 in der amerikanischen Zone 5 896, in der britischen Zone 2 883, in der sowjetischen Zone 887, in der französischen Zone 1 762 behelmatet.

BERLIN: 74 127 te Briketts förderten die Bergarbeiter der sowjetischen Besatzungszone in einer freiwilligen Sonntagsschicht am 15. Dezember. Diese Briketts werden als Hausbrand zur Verfügung gestellt.

WIESBADEN: Die KPD-Fraktion forderte den Hessischen Landtag zu einem Antrag zu einem Appell an die deutschen Parteien und an das gesamte deutsche Volk auf. Es wird zu einmütiger und entschlossener Mitarbeit an der Beseitigung faschistischer, reaktionärer Kräfte in Staat, Wirtschaft und Kultur aufgerufen, damit der Wille eines demokratischen, friedliebenden Deutschland zum Aufbau einer besseren Zukunft auf der Moskauer Märzkonferenz Beachtung finde.

BERLIN: Die Volksbildungsminister aller Länder und Provinzen der SU-Zone hielten am 18. und 19. Dezember unter Leitung von Präsident P. Wandel ihre erste gemeinsame Konferenz ab.

DÜSSELDORF: Als sämtliche Parteien die Abschaffung des gegenwärtigen reaktionären Wahlsystems in der britischen Zone beschließen wollten, verließ die CDU-Fraktion geschlossen die Landtagssitzung von Nordrhein-Westfalen und machte so den Landtagsbeschluss unmöglich.

BERLIN: Zeitungsberichten zufolge ist die Parteileitung der Berliner SED der Gründung der neuen Gewerkschaft für Angestellte und Beamte entschieden abgeneigt. Sie spricht den Verdacht aus, daß mit der neuen Gewerkschaft im amerikanischen Sektor Berlins der alte Deutschland-nationale Handlungsgehilfenverband wieder aufliebt und sieht in der Gründung ein bedauerliches Symptom für eine beginnende Gewerkschaftsspaltung.

Ich erinnere hier an das Wort, das einer der Führer der englischen Arbeiterpartei Laski kürzlich zu den Bergarbeitern sagte: „Politische Freiheit ohne die wirtschaftliche Freiheit ist ein edel klingender, aber ärmlischer Erfolg.“ Das ist auch unsere Auffassung. Wir verzichten auf eine nach außen hin noch so schöne demokratische Fassade zu Gunsten eines sozialen Inhalts, der die Lebens- und Kulturbedürfnisse derjenigen zuerst schützt und fördert, die allen Reichtum und Wohlstand schaffen.

Der Herr Ministerpräsident sprach davon, daß wir ohne Planung und Kontrolle auf weite Sicht nicht gut auskommen. Aber der Generalsekretär der DVP, Ernst Maier, sagte in seiner Rundfunkrede am 16. Dezember, „daß allmählich vom Großbetrieb bis herab zum kleinen Handwerker genug geplant sei, und man solle anstatt auf Vervollkommnung eher an Abbau der Planung denken.“

Hier steht also für uns die Frage: „Werden sich die Herren der Wirtschaft durchsetzen, oder die demokratischen Kräfte.“

Es wird ein Prüfstein der neuen Regierung sein, inwieweit sie den Mindestanspruch der Gewerkschaften auf Mitbestimmung in der Praxis verwirklicht.

Wir Kommunisten stimmen aus Gründen der inneren und äußeren Lage unseres Volkes einer möglichst breiten Front aller Kräfte des demokratischen Fortschritts in der Regierung zu. Unser Handeln wird ausschließlich von der Notwendigkeit bestimmt, die demokratische Neuordnung und das Leben der schaffenden Bevölkerung zu sichern und damit zu verhüten, daß die Lasten des Neuaufbaus auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden, wie sich das allenthalben schon wieder erschreckend bemerkbar macht. Vordringlichste Aufgabe ist die Erhaltung und Stärkung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der schaffenden Bevölkerung. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir um dieser Forderung innerhalb und außerhalb der Regierung einen unerbittlichen Kampf führen werden.

Die wichtigsten Schritte zur Lösung dieser Aufgaben sind:

Lohnausgleich und bessere Ernährung für diejenigen Schichten, vordringlich die Arbeiterschaft, die am Aufbau mitarbeiten;

Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte und industriellen Verbrauchsgüter und deren gerechte Verteilung;

Schaffung von Ernährungsausschüssen in den Gemeinden und Zusammenarbeit von bäuerlichen und städtischen Genossenschaften;

Stärkste Heranziehung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen zur vollen Mitbestimmung in allen Fragen der Lenkung und Erzeugung der Produktion;

Vorbereitung der Bodenbestellung mit dem Ziel, auch wirklich den letzten Quadratmeter Boden in Stadt und Land zu bestellen, damit wir nicht im nächsten Winter vor der gleichen Ernährungskrise stehen;

Durch Wirtschaftsplanung und Lenkung sollen die noch verbliebenen Rohstoffe, Produktionsstätten und Arbeitskräfte ausschließlich der Befriedigung des lebensnotwendigsten Bedarfs dienstbar gemacht werden;

Scharfe Kontrolle und Auslese im Beamtenapparat, um die Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von undemokratischen Elementen, die den Aufbau sabotieren, zu erreichen;

Rücksichtsloses Vorgehen gegen Schieber und Schwarzen Markt anstelle von Halbheiten und Fehlurteilen der Justiz, die dem Schwarzhandel nur als Anreiz dienen.

Ueber diese Notmaßnahmen hinaus sollen Regierung und Landtag mit allen geeigneten Mitteln eintreten für die politische und wirtschaftliche Einheit aller vier

Gedenktage der Woche

1. Jan.: Beitritt von 26 Staaten zur Atlantik-Charta 1942
Erste Reichskonferenz des Spartakusbundes 1916
2. Jan.: Wilhelm Bölsche, Dichter und naturwissenschaftlicher Populärwissenschaftler, geb. 1861
3. Jan.: Romain Rolland, französischer Schriftsteller, gest. 1945
Wilhelm Pieck, geb. 1876
4. Jan.: Jakob Grimm, geb. 1785, einer der „Göttinger Sieben“, („Grimms Märchen“, „Deutsches Wörterbuch“)
5. Jan.: Beginn der Januarkämpfe in Berlin, Arbeiter im Kampf gegen konterrevolutionäre Truppen 1919
6. Jan.: Generalstreik in Berlin — Belagerungszustand verhängt 1919
7. Jan.: Auflösung der italienischen Gewerkschaften durch Mussolini 1926
8. Jan.: Rote Armee fordert die eingekesselten deutschen Truppen bei Stalingrad zur Kapitulation auf, 1943.
8. Jan.: Galileo Galilei, italienischer Naturforscher, gest. 1642.

Zonen und die Schaffung einer deutschen Zentralregierung als der Voraussetzung für den Abschluß des Friedensvertrages.

Wir begrüßen in der Regierungserklärung die beabsichtigte Erschaffung von Ausschüssen zur Kontrolle der Ernährung und Erzeugung. Das entspricht einer unserer Forderungen, die wir als unmittelbaren Ausdruck demokratischer Mitarbeit seit langem gefordert haben. Ohne diese Kontrolle wird dem Prozeß des Ausverkaufs, der Verschiebung unserer letzten Lebens- und Gebrauchsgüter keinen Einhalt geboten.

Viele Grundsätze der Regierungserklärung, denen wir zustimmen können, bedürfen noch genauerer Festlegung ihrer Ausführung, wenn wir dem Winter wirklich begegnen wollen. So ist es bei der Bodenreform, bei der Durchführung einer Revision der drückenden Pachtverträge der Bauern und in vielen anderen Fällen.

Wir Kommunisten sind zur Mitarbeit mit allen Kräften des demokratischen Fortschritts bereit. Mit unserer Auffassung wollen wir dargetun, daß man, um aus dem Niedergang herauszufinden, nicht bei den Naziwirtschaftsmethoden und ebenso wenig bei den Methoden vor 1933 anknüpfen darf, sondern daß wir

mit neuen Methoden eine grundsätzliche neue Ordnung schaffen müssen.

Die Aufgaben, die zunächst helfen sollen, haben nichts mit Sozialismus zu tun. Selbst solche Probleme, wie die Bodenreform oder Wirtschaftsplanung, Übereignung von Kriegsverbrecher- und anderen Betrieben in Gemeineigentum entsprechen durchaus den Aufgaben einer bürgerlich-demokratischen Partei, insofern sie konsequent handeln will.

Aber diese Aufgaben entsprechen der gegenwärtigen Zeit.

Ihre Lösung bedeutet einen Schritt vorwärts in der Sicherung unseres Volkes vor künftigen Kriegen

Ohne ihre Durchführung gibt es keine Demokratie und keine friedliche Entwicklung.

sondern nur ein ähnliches Ergebnis wie 1918.

Andererseits aber können diese Aufgaben den Ausgangspunkt schaffen für eine sozialistische Entwicklung, wenn unsere sozialdemokratischen Freunde die Zeichen der Zeit verstehen, die Rolle der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung als Fundament der Demokratie und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Sozialisten beachten.

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:
Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Kommunisten protestieren gegen Abbau der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen

Die Kommunistischen Landtagsabgeordneten haben folgenden Antrag an das Innen- und Wirtschaftsministerium gerichtet:

„Die kommunistischen Abgeordneten des Nordwürttembergischen-Nordbadischen Landtages der Städte Mannheim und Karlsruhe nehmen durch einen Artikel der Mannheimer Gewerkschaften in „Der Mannheimer Morgen“ vom 21. 12. mit Befremden Kenntnis von der beabsichtigten Einschränkung der Zuteilung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagekarten für die Städte Mannheim und Karlsruhe. Wie aus den Darstellungen der Gewerkschaften ersichtlich, war von Seiten des Wirtschaftsministeriums und nach Kenntnis der Abg. auch von Seiten des Staatsministeriums die Zusicherung gegeben worden, daß Verhandlungen zum Zwecke der Sicherstellung der Fortgewährung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen in dem bisherigen Umfange beim Länderrat eingeleitet werden sollen.

Entgegen diesen Zusicherungen von Seiten dieser Ministerien schreitet nun das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe zu den in Mannheim bereits begonnenen Vorbereitungen zum Abbau der Zulagekarten für Schwer- und Schwerstarbeiter.

Die Unterzeichneten erheben gegen dieses Vorgehen des Gewerbeaufsichtsamtes Karlsruhe Einspruch. Sie erwarten, daß das Staats- und das Wirtschaftsministerium unverzüglich dem Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe die notwendigen Anweisungen erteilen, die eingeleiteten Maßnahmen, die den Abbau der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen vorbereiten, umgehend rückgängig zu machen, um schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu verhüten und die bereits eingetretene starke Beunruhigung zu beseitigen.“

Für Mannheim:

Die Abg. (gez.) Paul Schreck, Jak. Ritter,

Für Karlsruhe:

Der Abgeordnete (gez.) Willi Boepple.

Die schweren Fälle

Die Verhandlungsperiode der schweren Fälle vor der Spruchkammer Sinsheim begann Anfang Dezember 1946. Als erstem wurde dem Landwirt August Rieser, Waibstadt folgendes zur Last gelegt:

Parteimitglied seit 1933, seit 1937 Zellenleiter und Ortsbauernführer, aktivistische Tätigkeit in Wort und Tat. Insbesondere galt die Dienstenthebung der Vorsteherin der Milchablieferungsstelle, als Hauptbelastungsmoment. Das Urteil lautete auf Einweisung in die Gruppe der Aktivisten und verfügte neben der Einweisung in ein Arbeitslager auf 1 Jahr die Einziehung eines Drittels seines Vermögens.

Der zweite Fall zeigte eindeutig den politischen Machthunger des noch aus Mannheim sattem bekannten Ernst Staudinger, heute in Bad Wimpfen. Staudinger war Altparteigenosse seit 1930, von 1932 bis 1933 Blockleiter, nach der „Machtübernahme“ Betriebsobmann der NSBO und Verbandsfachgruppenleiter der öffentlichen Betriebe im Jahre 1934. Nachgewiesenermaßen wurden 18 unbescholtene, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft Mannheim von ihm durch politische Denunziation oder eigenhändig um ihre Stellung gebracht. Infolge der von ihm angeordneten Vermittlungssperre beim Arbeitsamt blieben die entlassenen, politisch inkongruenten Arbeiter jahrelang stellunglos und in wirtschaftlicher Not. Weiter wurde nachgewiesen, daß Staudinger mit einem gewissenlosen Helferstab seine Arbeitskameraden terrorisierte und indirekt am Sturm auf das

Mannheimer Gewerkschaftshaus

am 2. Mai 1933, beteiligt war. Einwandfrei wurde nachgewiesen, daß Staudinger Trabant Dr. Leys, dessen Anordnungen er ständig im Munde führte, in der Zerschlagung der sozialistischen Gewerkschaften in Mannheim eine führende Rolle spielte, unter Außerachtlassung aller Menschenrechte politisch anders Gesinnte in Not und Elend stürzte und als ehemaliger Gewerkschaftler lange vor der Machtergreifung Hitlers als Spion der Partei und der NSBO wirkte, um seine früheren Kameraden umso besser politisch denunzieren zu können.

Das Urteil lautete auf Einstufung Staudingers in die Gruppe 2 der Aktivisten. Außerdem wurde ihm eine Arbeitsleistung für die Allgemeinheit, während 360 Tagen innerhalb 3 Jahren und 500 RM Geldstrafe auferlegt.

Soweit die Urteile in zwei „schweren Fällen“. Nicht leicht ist ein naheliegender Vergleich zwischen diesen beiden Spruchkammerurteilen zu ziehen. Wenn auch die erforderliche Sühne im ersten Falle nicht in Abrede gestellt werden soll, so müssen wir doch über die Milde des Urteils im Falle Staudinger einigermaßen erstaunt sein. Im letzten Falle war ein Mann angeklagt, der nachweisbar durch politische Terrormaßnahmen die Zerschlagung der Mannheimer Gewerkschaften herbeiführen half. Gewerkschaften und beide Linksparteien aber — das bewies die ganze politische Entwicklung jener dunklen Jahre — waren der Hort der Opposition gegen Hitler. Ihre Ausschaltung ermöglichte das Zustandekommen des berüchtigten Ermächtigungsgesetzes, das Hitler die uneingeschränkte diktatorische Gewalt über den Arbeiter und das Volk in die Hand gab.

Die Verhandlung bewies mit erschreckender Deutlichkeit, welche Lücken das Befreiungsgesetz noch in der Behandlung der schweren Fälle aufweist — so war es der Spruchkammer Sinsheim offensichtlich nicht möglich, die immerhin noch gesetzlich zulässige Höchststrafe für einen politischen Hasardeur, wie er durch Staudinger personifiziert wurde, nämlich Einweisung in die Gruppe 1 der Hauptschuldigen, Einweisung in ein Arbeitslager auf 10 Jahre und Einziehung des gesamten Vermögens auszusprechen.

Am unverständlichsten dabei ist jedoch, daß es Rechtsanwälte gibt, die sich, wie der Fall Staudinger das beweist, augenscheinlich über die Bedeutung eines politischen Säuberungsgesetzes noch nicht genügend im Klaren sind und feststehende Zeugenaussagen mit allen Mitteln einer formalen Rechts„kunst“ zu entkräften versuchen, dabei noch zivilstrafrechtliche Momente glauben geltend machen zu müssen, wo das politische Verbrechen nur zu deutlich zutage tritt. Vielleicht ist der eventuelle Verlust eines Klienten ein gutes Ruhekissen vor politischer Verantwortung, vielleicht ist man aber auch von der eigenen Parteimitgliedschaft und den geübten Mühen um Erlaubnis zur Zulassung des Rechtsanwaltsberufes noch zu sehr beeindruckt, um die gesunde Forderung, solchen Rechtswahrern die Qualifikation als Verteidiger vor der Spruchkammer abzuspriechen, zu überhören.

Diebstähle am laufenden Band auf den Wirtschaftsamtern

Entgegen der Behauptung des Landeswirtschaftsamtes, daß der Ausfall an Lebensmittelmarken und Bezugscheinen infolge von Diebstählen und Unterschlagungen in seinem Bereich unerheblich sei, hat eine achtstündige Verhandlung am 11. Dezember 1946 vor dem Amtsgericht in Tauberbischofsheim die Feststellung ergeben, daß die auf dem Wirtschaftsamte herrschenden Zustände geradezu einen Anreiz zu gesetzwidrigen Handlungen darstellen. Folgende Urteile wurden gefällt:

1. Hans Scholz erhielt wegen Amtsunterschlagung und Erschleichung eines Bezugscheines neun Monate und eine Woche Gefängnis, wobei zwei Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden. Von dem Vorwurf der Urkundenfälschung wird er freigesprochen.

2. Helene Sechak erhielt wegen Hehlerei und Diebstahls sechs Monate Gefängnis, wobei zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet werden. Bei beiden Angeklagten erfolgte in den restlichen Punkten der Anklage Einstellung des Verfahrens wegen Fehlens des Strafantrages der vorgesetzten Behörde.

3. Karl Sechak wurde wegen unberechtigten Bezuges von Lebensmitteln zu 300 RM Geldstrafe verurteilt.

4. Im Falle Hutusch erfolgte Freispruch.

Der Vorsitzende führte die bei dem Wirtschaftsamt herrschenden chaotischen Zustände als strafmildernd an und erklärte, daß er durch den Gang der Verhandlung zu der festen Überzeugung gelangt sei, daß es beim Wirtschaftsamt noch viel mehr Diebe geben müsse. Das glauben wir auch!

Lauda

Das politische „Stehaufmännchen“

Ein Stehauf-Männchen, das dank seiner gewissenlosen Gesinnung nach allen politischen Auseinandersetzungen stets bei den Gewinnern ist, hat unsere Lupe in der Person des Hermann Steck in Lauda, Josef-Schmitt-Straße, entdeckt.

Dieser Gendarm Steck zählte sich bis 1933 in Buchen zur SPD. Bereits März 1933 trat er der NSDAP bei und wurde dann im Februar 1934 in das verkehrsfreundlichere Lauda versetzt. Hier rückte Steck zum Postenführer und Meister der Gendarmerie auf und soll der Gestapoelitestelle Heidelberg als Vertrauensmann für den Gendarmeriebezirk Tauberbischofsheim eifrig gedient haben.

Im Oktober 1946 wurde dieser 1933er-Pg. Steck durch die Spruchkammer Tauberbischofsheim unter Vorsitz des inzwischen a. D. gestellten Ministerialrates Otto Zimmermann still und schlicht im schriftlichen Verfahren „entnazifiziert“ und als Entlasteter einer neuen karriere-trächtigen Zukunft wiedergegeben, um eilends mit „blütenweißer“ Weste bei der Kfpo in Mosbach seine „fachmännischen“ Kenntnisse der um ihren Aufstieg ringenden Demokratie zur Verfügung zu stellen.

Dem sogenannten „Entlasteten“, wie allen, die glauben, das Säuberungsgesetz durch derartige Entscheidungen verhöhnern zu können, möchten wir das Goethewort auf den Weg geben:

„Treibet das Handwerk nur fort, wir können's Euch freilich nicht legen; aber ruhig, das glaubt, treibt Ihr es künftig nicht mehr.“

Elternversammlung in Friedrichsfeld

In Mannheim-Friedrichsfeld fand eine Elternversammlung statt, die von Seiten mehrerer Eltern als Protest gegen die Maßregelung des Lehrers Rausch einberufen wurde. Geladen waren u. a. auch die Stadträte Langendorf (KPD) und Gräber (SPD). In einer sehr lebhaften Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß sich Lehrer Rausch einer ganz besonderen Beliebtheit sowohl seiner Schüler wie deren Eltern erfreut. Seine Maßregelung erfolgte, weil er sich nicht in die alten Schulregeln früherer Zeiten einspannen lassen wollte. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, daß Lehrer Rausch wieder an die Friedrichsfelder Schule zurückkommen müsse.

Es wurde anschließend auch der lebhafteste Wunsch geäußert, daß die Kinderspeisung doch allgemein durchgeführt werden solle, da sie nach dem jetzigen Modus für viele Kinder eine Härte bedeutet.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10, Telefon Nr. 432 60. Auflage 95 000. Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.